

In Hunderten von Versammlungen und Einzelgesprächen machen Funktionäre des Staatsapparates, der Wirtschaftsleitungen und der gesellschaftlichen Organisationen die Bergarbeiter mit den neuen Aufgaben vertraut und helfen ihnen, die damit verbundenen persönlichen Probleme zu lösen. Dabei haben sich besonders die Arbeiterberatungsbüros, die in den Steinkohlenwerken eingerichtet wurden, bewährt. Wir wissen, daß der größte Teil der Arbeit noch vor uns liegt und viele Einzelentscheidungen zu treffen sind. Der Minister für Grundstoffindustrie ist dem Ministerrat voll für die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen verantwortlich und hat im Rahmen des Beschlusses volles Weisungsrecht gegenüber allen anderen beteiligten Staats- und Wirtschaftsorganen. Ihm steht ein Arbeitsstab zur Seite, der sich aus leitenden Mitarbeitern aller beteiligten Organe zusammensetzt und somit ein hohes Maß von Sachkenntnis und Entscheidungsbefugnis in sich vereint.

Die regelmäßige kollektive Beratung aller auftretenden Probleme, das System der Berichterstattung der Verantwortlichen vor dem Arbeitsstab und die exakte Abgrenzung der Verantwortlichkeit sichern eine schnelle sachkundige Entscheidung an Ort und Stelle und somit eine hohe Beweglichkeit und zügige Durchführung der gefaßten Beschlüsse.

Derartige Strukturentscheidungen haben große Auswirkungen auch auf die Entwicklung der Territorien. Sie beeinflussen unmittelbar die Verwendung der Mittel der örtlichen Räte und die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Vorbereitung solcher Strukturveränderungen sehr eng mit den örtlichen Staatsorganen und mit der Nationalen Front zusammenzuarbeiten, die Vorschläge der Werktätigen sorgfältig zu prüfen und mit ihnen eine breite politisch-ideologische Überzeugungsarbeit zu leisten.

Jeder wird verstehen, daß solche gewaltige Aufgaben — und es werden noch mehrere dieser Art in Zukunft zu lösen sein — nur nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus erfolgreich gelöst werden können.

In diesem komplexen und demokratischen Herangehen an Strukturentscheidungen zeigt sich der prinzipielle Unterschied zwischen unserem gesellschaftlichen System des Sozialismus und dem Herrschaftssystem der Monopole in Westdeutschland. Hier wie dort macht die wissenschaftlich-technische Revolution Strukturveränderungen objektiv notwendig. In Westdeutschland werden aber solche Maßnahmen immer im Interesse des Profits der großen Monopole und gegen die Interessen der werktätigen Menschen durchgeführt. Das wird durch die Praktiken bei der Schließung Dutzender Steinkohlenzechen im Ruhrgebiet bewiesen. Darüber können auch nicht einige Sozialmaßnahmen des westdeutschen Staates, die von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften erkämpft wurden, hinwegtäuschen. Ist die Zeche geschlossen und der Bergarbeiter entlassen, so ist er in Westdeutschland auf sich selbst angewiesen; niemand kümmert sich darum, wie er und seine Familie in Zukunft leben werden.

Dagegen steht bei uns der Mensch im Mittelpunkt aller Strukturentscheidungen.

Auch bei uns gibt es sozialpolitische Regelungen. Aber weit wichtiger ist, daß die Bergleute unserer Steinkohlenindustrie ihre gesicherte Zukunft kennen. Sie wissen, daß sie künftig an entscheidenden Abschnitten unserer Volkswirtschaft mitarbeiten werden. Es soll alles getan werden, um den Übergang in die neue Tätigkeit gründlich vorzubereiten. Sie können deshalb volles Vertrauen zu den von der Regierung beschlossenen Maßnahmen haben.